

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Simone Huth-Haage und Hedi Thelen (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Bilanz des Modellprojekts zum anonymisierten Bewerbungsverfahren

Die **Kleine Anfrage** 1278 vom 13. Dezember 2012 hat folgenden Wortlaut:

Zeitungsberichten zufolge ist das Modellprojekt zur anonymisierten Bewerbung bisher auf wenig Resonanz gestoßen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die Beteiligung an dem Modellversuch im Detail in Rheinland-Pfalz dar?
2. Wie hoch sind die Kosten des Modellprojekts für den Landeshaushalt bzw. für die teilnehmenden Betriebe?
3. Inwiefern beteiligen sich landeseigene Stellen an dem Modellversuch?
4. Teilt die Landesregierung die Kritik der Landesvereinigung der Unternehmensverbände an dem Modellprojekt?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Dezember 2012 wie folgt beantwortet:

Für die Landesregierung ist das „Pilotprojekt anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ ein weiterer Baustein, mit dem eine gelebte Vielfalt in Rheinland-Pfalz nachhaltig verankert werden kann. Unsere Ziele sind, die Beteiligungsmöglichkeit und Repräsentanz der bislang tatsächlich oder potenziell im Bereich des Arbeitsmarktes benachteiligten Menschen zu verbessern und gleichzeitig den Wettbewerb um die besten Köpfe zu gewinnen.

Beides, Vielfalt und Potenzial, schließen sich nicht aus. Im Rahmen einer modernen Organisations- und Personalentwicklung ergänzen sich diese vielmehr und tragen so gegenseitig zur Wertschöpfung bei. Als ein Instrument dazu hat sich die Rekrutierung des Personals mit Hilfe anonymisierter Bewerbungsverfahren bewährt. So hat sich auch die Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ in der vergangenen Legislaturperiode für die Erprobung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens ausgesprochen. Des Weiteren zeigen internationale Erfahrungen und die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass die Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens Chancengleichheit und Transparenz garantiert und neue Bewerberinnen- und Bewerbergruppen erschließt. Letzteres erhält insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel und den sich abzeichnenden Fachkräftemangel zusätzliche Bedeutung. Daneben sichert das anonyme Bewerbungsverfahren eine objektivere Personalauswahl und schafft Rechtssicherheit in Streitfragen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Das Verfahren ist zudem Ausdruck einer modernen, innovativen Unternehmens- und Verwaltungskultur. Das große Interesse am rheinland-pfälzischen Pilotprojekt unterstreicht noch einmal zusätzlich die Bedeutung dieser neuen Form der Personalrekrutierung.

Wie notwendig Instrumente zur Herstellung von Chancengerechtigkeit bei Bewerbungsverfahren sind, belegt auch eine durch das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA, Bonn) 2010 durchgeführte Studie. Darin wird festgestellt, dass allein die Angabe eines türkischen Namens in einer Bewerbung zum drastischen Absinken der Chancen auf Einladung zu einem Vorstellungsgespräch führen kann.

Zu Frage 1:

Insgesamt haben 13 Organisationen ihr Interesse an dem Verfahren bekundet, davon konnte die Landesregierung mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel insgesamt sieben Organisationen die Teilnahme am Pilotprojekt zusichern.

Zu Frage 2:

Die Kosten für den Landeshaushalt belaufen sich auf jeweils 20 000 € für die technische Unterstützung (neutrale Stelle) und die begleitende Evaluation. Für die teilnehmenden Organisationen entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Zu Frage 3:

An dem Pilotprojekt sind aus dem Bereich der Landesregierung das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten sowie das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen beteiligt.

Zu Frage 4:

Die Landesvereinigung der Unternehmerverbände stellt – laut Presseberichten – die Form des Personalrekrutierungsverfahrens in Frage, „weil spätestens beim Vorstellungsgespräch der Bewerber auf den Personalentscheider treffe. Zudem seien die Verfahren unverhältnismäßig teuer und von Mittelständlern in der Regel nur mit externen Dienstleistern zu bewältigen“ (Die Rheinpfalz, 25. November 2012).

Für die Landesregierung ist Schwerpunkt des Anonymisierungsverfahrens die Konzentration auf die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber in der ersten Stufe eines Bewerbungsverfahrens. Damit wird das Bewerbungsverfahren objektiviert, da die Auswahl zum Vorstellungsgespräch ausschließlich aufgrund der Angaben zur Qualifikation erfolgt.

Um den von der Landesvereinigung der Unternehmerverbände kritisierten hohen Kostenaufwand bei der Anonymisierung durch Schwärzen der personenbezogenen Daten zu vermeiden, hat sich die Landesregierung für das rheinland-pfälzische Pilotprojekt für eine vereinfachte und bereits bewährte Methode der Anonymisierung entschieden. Bewerberinnen und Bewerber wird ein Online-Bewerbungsformular zur Verfügung gestellt, bei dem die Anonymisierung automatisiert vorgenommen wird, wodurch ein aufwendiges Schwärzen entfällt.

Irene Alt  
Staatsministerin